



Pressemeldung

19.11.2022

Tierheime kämpfen um ihre Existenz

Bundesminister Özdemir und Tierschutzbund-Präsident Schröder besuchen Tierheim Stuttgart

Wie bedrohlich die aktuelle Lage für die Tierheime ist, hat der Deutsche Tierschutzbund heute bei einem Termin mit Cem Özdemir vermittelt. Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft besuchte gemeinsam mit dem Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder, und Vertretern des Landestierschutzverbands Baden-Württemberg das Tierheim Stuttgart.

„Wir freuen uns, dass sich der Bundesminister erneut die Zeit nimmt, sich vor Ort ein Bild von der wichtigen Tierschutzarbeit sowie den Sorgen und Nöten der Tierheime zu machen. Die 5 Millionen Euro Ukraine-Hilfe waren eine gute Stütze, für die wir dankbar sind. Diese fängt aber nur die bereits entstandenen Kosten auf und ändert nichts am Druck der kommenden Monate. Viele Tierheime stehen angesichts der steigenden Kosten mit dem Rücken zur Wand. Es ist unklar, wie lange sie weiter für Tiere in Not eintreten können. Daher gilt es jetzt zu handeln“, machte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, deutlich.

Als Dachverband hat der Deutsche Tierschutzbund kurzfristig selbst einen Sondertopf „Überlebensenergie“ mit einer Million Euro bereitgestellt, um seinen rund 550 angeschlossenen Tierheimen bei Mehrkosten für Strom, Gas und Heizöl zur Seite zu springen. Schröder stellte beim Tierheimbesuch in Stuttgart jedoch klar, dass Spendengelder allein die Tierheime nicht retten können: „Ohne politische Unterstützung geht es nicht.“ Zwar seien insbesondere für die Betreuung von Fundtieren und sichergestellten Tieren die Kommunen in der finanziellen Pflicht, der Bund habe jedoch eine Mitverantwortung und müsse einen Beitrag leisten. „Die Tierheime sehen sich zunehmend mit Tierhaltern konfrontiert, die ihre Haustiere unüberlegt angeschafft haben, überfordert sind oder die steigenden Kosten nicht mehr stemmen können. Welches Schicksal erwartet diese Tiere, wenn der karitative Tierschutz am Ende ist und nicht wie bisher in die Bresche springen kann? Das Staatsziel Tierschutz verpflichtet die Bundesregierung, angesichts der sich zuspitzenden Lage aktiv zu werden“, so Schröder.

Finanzielle Hilfe und gesetzliche Regulierung erforderlich

Vom Bund fordert der Deutsche Tierschutzbund ausreichend finanzielle Mittel, mit deren Hilfe die Tierheime die massiv gestiegenen Betriebskosten stemmen können, um so ihren Weiterbetrieb zu sichern. Zudem müssten Mittel für die laut Koalitionsvertrag vorgesehene Verbrauchsstiftung ohne Verzögerung bereitgestellt werden, um die energetische Optimierung der Tierheime und den Ausbau von Kranken- und Pflegestationen zu ermöglichen. Neben finanzieller Hilfe könnte die Bundesregierung außerdem dafür sorgen, dass zukünftig weniger Tiere in den Tierheimen landen: Ein Verbot oder zumindest eine Regulierung des Onlinehandels mit Tieren würde die Zahl unüberlegt angeschaffter Tiere – oft aus dem illegalen Tierhandel – minimieren und Tierleid verhindern. Denselben Effekt hätten ein verpflichtender Sachkundenachweis für Interessenten vor der Anschaffung eines Tieres sowie eine Positivliste für die Tierarten, die überhaupt in privater Hand gehalten werden dürfen.

Bildmaterial: Fotos des Termins senden wir im Nachgang auf Wunsch gerne zu.

Bundesgeschäftsstelle

Presseabteilung

In der Raste 10

53129 Bonn

Tel: 0228/60496-24

Fax: 0228/60496-41

E-Mail:

presse@tierschutzbund.de

Internet:

www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit

anerkannt

Registergericht

Amtsgericht Bonn

Registernummer

VR3836

Sparkasse KölnBonn

BLZ 370 501 98

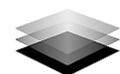
Konto Nr. 40 444

IBAN:

DE88370501980000040444

BIC:

COLS DE 33



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Geprüfte Transparenz
Deutscher Sparkassenrat